Ä20 zu L1: Unser Krisenmodus: SOLIDARITÄT

Antragsteller*innen Clemens Rostock (KV Oberhavel)

Antragstext

Von Zeile 10 bis 11 einfügen:

Es ist gut, dass die Brandenburger Landesregierung Geld in die Hand nimmt und einen Brandenburger Rettungsschirm in Höhe von 2 Mrd. € plant, u.a. für akute soziale Entlastungen. In der konkreten Ausgestaltung der Maßnahmen werden wir darauf achten, dass die Hilfen zielgerichtet bei den Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen ankommen und nicht mit der Gießkanne diejenigen entlasten, die gerade eigentlich mehr schultern könnten. Es benötigt zielgerichtete Direktzahlungen insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen sowie für Familien, Azubis, Studierende, Rentner*innen und [Leerzeichen]kleine und mittelständische Unternehmen. Außerdem braucht es Entlastungen für Transferempfänger*innen. Einen weiteren Fokus legen wir auf die Strukturen der sozialen Daseinsvorsorge wie z.B. Schuldner*innenberatung und Frauenhäuser. Gerade in Krisenzeiten braucht es einen starken und handlungsfähigen Sozialstaat. Darüber hinaus müssen wir dafür sorgen, dass Menschen gar nicht erst unterhalb des Existenzminimums leben müssen und ihre Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe gesichert sind. Das Bürger*innengeld ist dabei ein erster Schritt in die richtige Richtung, perspektivisch wollen wir es zu einem bedingungslosen Grundeinkommen weiter entwickeln. Deshalb begrüßen wir auch den neuen Auszahlmechanismus im Jahressteuergesetz, den die Ampelkoalition einführt. Dieser ermöglicht es, zukünftig an alle Bürger*innen in Deutschland Direktzahlungen vorzunehmen.

Begründung
Leerzeichen im Absatz - redaktionell.

Der neue Auszahlmechanismus im Jahressteuergesetz ist eine kleine Revolution! Bisher litten die Entlastungspakete auf Bundesebene noch darunter, dass es für Arbeitnehmer*innen, Studierende, Rentner*innen, Sozialtransferempfänger*innen etc. jeweils unterschiedliche Auszahlmechanismen gab; ja geben musste. Mit dem neuen Auszahlmechanismus wird das nicht mehr nötig sein. Eine wichtige technische

Voraussetzung für die bündnisgrüne Forderung eines regelmäßigen Energiegeldes und letztlich auch für ein Grundeinkommen.
Über eine Modifizierung könnte man die Worte "im Jahressteuergesetz" auch aus dem ÄA weglassen, um zu kürzen. So ist es nur technisch richtig und eindeutig eingeordnet...